

KMU stärken. Arbeitsplätze sichern.

JA 13. Februar

Änderung Stempelabgaben-Gesetz
stempelabgabengesetz.ch



Medienmitteilung

Bern, 13. Februar 2022

Nein zur Abschaffung der Emissionsabgabe: Die linke Demagogie hat verfangen

Das Komitee «Ja zur Änderung des Stempelabgabengesetzes» bedauert das Nein des Stimmvolks. Somit bleibt eine Steuer bestehen, die die Schaffung von Eigenkapital schwächt und Innovation hemmt. Die Emissionsabgabe ist ein Nachteil für den Wirtschaftsstandort Schweiz, welcher dank der «Steuerbschiss»-Demagogie der Linken nun nicht ausgemerzt werden konnte.

Die Linken haben im Abstimmungskampf einmal mehr Grossfirmenbashing betrieben. Dabei haben sie verschwiegen, dass die Stempelabgabe auf dem Eigenkapital bis zu 90% Unternehmen im Aufbau, also KMU betrifft. Operiert wurde nicht mit Fakten, sondern mit niederen Emotionen der Neidkultur.

Mit der Ablehnung der Änderung des Stempelabgabengesetzes hat die Schweiz nichts gewonnen, dafür aber die Gelegenheit verpasst, eine unsinnige und uralte Steuer, die in fast keinem anderen Land mehr existiert, abzuschaffen und somit einen Standortnachteil zu beheben. Die Einführung des von der OECD geforderten Mindeststeuersatzes führt zu einem Verlust eines wichtigen Standortvorteils. Deshalb müssen wir dort Standortnachteile abbauen und positive Signale setzen, wo wir dies eigenständig können. Die Abschaffung der Emissionsabgabe wäre ein solches Signal gewesen.

Weitere Auskünfte

Fabio Regazzi, Nationalrat «die Mitte» TI, Mobile 079 253 12 74

Thierry Burkart, Ständerat FDP/AG, Mobile 079 828 55 81

Thomas Burgherr, Nationalrat SVP/AG, Mobile 079 344 80 27

Komitee «Ja zur Änderung des Stempelabgabengesetzes»

c/o Schweizerischer Gewerbeverband sgv, Postfach, 3001 Bern

www.stempelabgabengesetz.ch